

Dienstleistungsaus... - 216204-2011

09/07/2011 S130 Mitgliedstaaten - Dienstleistungsauftrag - Auftragsbekanntmachung - Offenes Verfahren

I.II.III.IV.VI.

D-Berlin: Vermietung von Bussen und Reisebussen mit Fahrer

2011/S 130-216204

BEKANNTMACHUNG**Dienstleistungsauftrag****ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER****I.1) NAME, ADRESSEN UND KONTAKTSTELLE(N)**

Deutscher Bundestag - Verwaltung
Platz der Republik 1
z. H. Frau Pooock
11011 Berlin
DEUTSCHLAND
Tel. +49 3022734820
E-Mail: vorzimmer.zr2@bundestag.de
Fax +49 3022736003

Internet-Adresse(n)

Hauptadresse des Auftraggebers www.bundestag.de/ausschreibungen

Weitere Auskünfte erteilen: die oben genannten Kontaktstellen

Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) sind erhältlich bei: den oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an: die oben genannten Kontaktstellen

I.2) ART DES ÖFFENTLICHEN AUFTRAGGEBERS UND HAUPTTÄTIGKEIT(EN)

Ministerium oder sonstige zentral- oder bundesstaatliche Behörde einschließlich regionaler oder lokaler Unterabteilungen
Allgemeine öffentliche Verwaltung
Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND**II.1) BESCHREIBUNG****II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber**

Anmietung von Reisebussen mit Fahrer/innen für Einsätze im Stadtgebiet von Berlin sowie im Land Brandenburg.

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung

Dienstleistungsauftrag
Dienstleistungskategorie: Nr. 2
Hauptort der Dienstleistung Berlin.
NUTS-Code DE300

II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung

Öffentlicher Auftrag

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung**II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens**

Vertrag über die Disposition und Durchführung von Personenbeförderungsleistungen mit Bussen (inkl. Fahrer/innen) im Stadtgebiet von Berlin und im Land Brandenburg für Reisen von Mitgliedern des Deutschen Bundestages, von internationalen Delegationen und anderen Gästen des Deutschen Bundestages.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

60172000

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA):

Ja

II.1.8) Aufteilung in Lose

Nein

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig:

Nein

II.2) MENGE ODER UMFANG DES AUFTRAGS**II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang****II.2.2) Optionen**

Ja

Beschreibung der Optionen: Einmalige Option der Vertragsverlängerung um 12 Monate, die einseitig durch den Auftraggeber mit einer Ankündigungsfrist von 3 Monaten ausgeübt werden kann.

II.3) VERTRAGSLAUFZEIT BZW. BEGINN UND ENDE DER AUFTRAGSAUSFÜHRUNG

Beginn: 1.1.2012. Ende: 31.12.2014

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN**III.1) BEDINGUNGEN FÜR DEN AUFTRAG****III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten**

Nachweis einer bestehenden Betriebshaftpflichtversicherung für ein Busunternehmen mit Angabe zum Versicherungsunternehmen und Höhe der Deckungssummen, der nicht älter als sechs Monate bei Abgabe des Angebots

ist.

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften (falls zutreffend)

Zusätzliche Vertragsbedingungen der Verwaltung des Deutschen Bundestages, Besondere Vertragsbedingungen sowie die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B).

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird

Bietergemeinschaften haben eine Erklärung über den bevollmächtigten Vertreter gegenüber der Auftraggeberin zur gesamtschuldnerischen Haftung abzugeben.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung

Nein

III.2) TEILNAHMEBEDINGUNGEN

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: 1) Nachweis einer bestehenden Betriebshaftpflichtversicherung für ein Busunternehmen mit Angabe zum Versicherungsunternehmen und Höhe der Deckungssummen, der nicht älter als sechs Monate bei Abgabe des Angebots ist.

2) Eigenerklärung des Bieters über die Entrichtung von Steuern und Sozialabgaben

3) Ausführliche Darstellung des Unternehmens (Angaben zum Fuhrpark usw.) mit Angaben zum Umsatz der letzten drei Geschäftsjahre

Möglicherweise geforderte Mindeststandards Zu 3.) werden gefordert:

Mindestumsatz mit vergleichbaren Leistungen: 7 500 000 EUR/Jahr sowie mindestens 100 Mitarbeiter mit 3-jähriger Berufserfahrung.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

1) Tabellarische Referenzliste der Leistungen der letzten 3 Geschäftsjahre, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind.

Die Referenzliste muss aussagekräftig sein (z. B. durch Angabe von Ansprechpartnern mit Telefonnummern und Leistungsumfang).

2) Einverständniserklärung zur Durchführung einer Sicherheitsüberprüfung der einzusetzenden Mitarbeiter

3) Benennung der vorgesehenen Unterauftragnehmer

Ein Bewerber kann sich zum Nachweis der Leistungsfähigkeit und Fachkunde der Fähigkeiten anderer Unternehmen (Nachunternehmer) bedienen. In einem solchen Fall sind die betroffenen Eignungsnachweise und Eigenerklärungen für diese zu benennenden Nachunternehmer vorzulegen (gilt auch für III.2.2). Ferner ist nachzuweisen, dass dem Bewerber die erforderlichen Mittel des/der Nachunternehmer im Auftragsfall zur Verfügung stehen, was beispielsweise durch eine Verpflichtungserklärung geschehen kann. Gesellschaftsrechtlich verbundene Unternehmen werden wie Nachunternehmer behandelt.

III.2.4) Vorbehaltene Aufträge

Nein

III.3) BESONDERE BEDINGUNGEN FÜR DIENSTLEISTUNGS-AUFTRÄGE

III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten

Nein

III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein sollen

Nein

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) VERFAHRENSART

IV.1.1) Verfahrensart

Offenes Verfahren

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

IV.2) ZUSCHLAGSKRITERIEN

IV.2.1) Zuschlagskriterien

Niedrigster Preis

IV.2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt

Nein

IV.3) VERWALTUNGSINFORMATIONEN

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber

ZR 2/15-1310-2011-0096

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags

Nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen

Schlussstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen 18.8.2011

Die Unterlagen sind kostenpflichtig Nein

IV.3.4) Schlussstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge

31.8.2011 - 16:00

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können

Deutsch.

IV.3.7) Bindefrist des Angebots

Bis 30.11.2011

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen Nein

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN**VI.1) DAUERAUFTRAG**

Nein

VI.2) AUFTRAG IN VERBINDUNG MIT EINEM VORHABEN UND/ODER PROGRAMM, DAS AUS GEMEINSCHAFTSMITTELN FINANZIERT WIRD

Nein

VI.3) SONSTIGE INFORMATIONENAusschreibungsunterlagen können unter www.bundestag.de/ausschreibungen online angefordert werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Antrag auf Nachprüfung nach Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Angebotsfrist bzw. Bewerbungsfrist gem. § 107 Abs. 3 Nr. 2 bzw. 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) unzulässig ist, wenn er sich gegen Verstöße von Vergabevorschriften richtet, die aufgrund der Bekanntmachung oder der Vergabeunterlagen erkennbar waren.

Gemäß § 107 Abs. 3 Nr. 4 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen müssen Nachprüfungsverfahren innerhalb von 15 Kalendertagen nach Erhalt einer Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, bei der Vergabekammer beantragt werden.

VI.4) NACHPRÜFUNGSVERFAHREN/RECHTSBEHELFSVERFAHREN**VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer Bund -Bundeskartellamt-

Villemombler Straße 76

53123 Bonn

DEUTSCHLAND

E-Mail: info@bundeskartellamt.bund.de

Tel. +49 22894990

Internet: <http://www.bundeskartellamt.de>

Fax +49 2289499163

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen**VI.4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind****VI.5) TAG DER ABSENDUNG DIESER BEKANNTMACHUNG:**

7.7.2011